VR-06-071 Institutionellen Rassismus in Sicherheitsbehörden überwinden – Sicherheit für alle Menschen schaffen

Antragsteller*in: Jan Wulff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu VR-06

Von Zeile 70 bis 71:

4. 1. Antisemitismus, Diversität in der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen und Jurist*innen einbinden. Die Länder und der Bund müssen verbindende Module zu Antirassismus, Antisemitismus und Diversität in der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen einbinden, in denen sie bisher noch nicht vorhanden sind.

Nach Zeile 72 einfügen:

- 4. <u>1. Um das gegenseitige Vertrauen und Verständnis zu verbessern, sollen Begegnungen zwischen Sicherheitsbehörden und Religionsgemeinschaften, sozialen Verbänden und Jugendeinrichtungen bereits in der Ausbildung eingeführt werden.</u>
- 4. 1. Bezirksdienstbeamt*innen und Beamt*innen welche an Schulen und Jugendeinrichtungen als Ansprechpartner*innen für die Jugendlichen dienen, leisten einen unschätzbaren Wert und müssen erhalten werden, anstatt sie noch weiter einzusparen.

Begründung

- 4.1 : Im gehobenen Dienst der Polizei (Bachelorstudiengang) ist u.a. das Fach "Interkulturelle Kompetenzen" bereits in manchen Bundesländern vorhanden. Vor allem im mittleren Dienst (Ausbildung) wird dies weniger intensiv behandelt. Hier sollte ein weiterer Fokus gelegt werden.
- 4.3 : Viele Polizeianwärter*innen hatten zum Zeitpunkt ihres Ausbildungsbeginns wenig Berührungspunkte mit den genannten Institutionen. Begegnungen außerhalb der Polizeieinsätze sind daher wichtige Erfahrungen, um Vorurteile abzubauen und negative Erlebnisse einordnen zu können. Gleiches gilt für Begegnungen für Bürger*innen mit der Polizei.
- 4.4: Bezirksdienstbeamt*innen und sogenannte ``Jugendcops`` haben in der Vergangenheit als Bindeglied zwischen dem Viertel und der Polizeiwache gedient. Viele Konflikte konnten so gelöst werden. Aufgrund von Personalmangel und falschen Prioritäten in den Innenministerien, waren es hauptsächlich diese Dienstgruppen, die von Kürzungen betroffen waren.

weitere Antragsteller*innen

Daniel Eliasson (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Stephan Keichel (KV Berlin-Mitte); Hannes Sturm (KV Freiburg); Maximilian Betten (KV Bodenseekreis); Katrin Lögering (KV Dortmund); Niklas Geßner (KV Solingen); Cedrik Schamberger (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Patrick Vexler (KV Stuttgart); Constantin Wiebel (KV Berlin-Steglitz/ Zehlendorf); Verena Machnik (KV Starnberg); Felix Leander Droop (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tjark Melchert (KV Gifhorn); Kilian Ochs (KV Potsdam); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Lilian Boehme (KV Starnberg); Martin Weiland (KV Berlin-Lichtenberg); Christiane Krinner (KV Starnberg); Kevin Moutin (KV Solingen); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.